

Ganz Bremen ist ein „Vulkan“ aber kein Vulkan

Die „**Sanierungspolitik**“ hat die finanziellen Quellen Bremens ausgetrocknet bzw. in fremde Kanäle geleitet. Der „**Kanzlerbrief**“ war nur eine Fata Morgana, die uns die Regierenden vorgegaukelt haben, damit wir ihnen nicht rechtzeitig beim Abgraben des Wassers in die Arme fallen. Die durch Scherfs und seine Bremer Mittäter geschaffene finanzielle Wüste umgibt jetzt fast alle. Einige haben sich aber Wassersäcke prall gefüllt.

Die „Sanierungspolitik“ ist gescheitert. Bremen ist nach zehn Jahren sogenannter „Sanierungspolitik“ pleite. Das erkennt jetzt jeder an. Zehn Jahre wurde dieser Weg in die Pleite und die Vergeudung der Sanierungsgelder geleugnet. Zuletzt wurden wir mit der Hoffnung auf den Kanzlerbrief hingehalten. Jetzt tun alle so, als hätten sie an ihn als Rettung geglaubt. Wer weitere Sonderzuschüsse erwartet hatte, um seine Ausgaben zu finanzieren, der gab damit zu, daß diese Strategie gescheitert war. Auch jetzt behaupten Mittäter wie Carsten Sieling und Jens Böhrnsen¹, die Potemkinschen Dörfer, die mit den Milliarden aus Bund und Ländern in Bremen errichtet wurden, seien ein Teilerfolg.² Nein, selbst das behauptete Wachstum der bremischen Wirtschaft ist nur eine statistische Fassade, die mit den Subventionsmilliarden errichtet wurde. Sie spiegelt Reichtum vor, während dahinter der wirtschaftliche Verfall weiter geht. Rechnet man die Subventionsmilliarden heraus, die in Bremen ausgegeben wurden, dann ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Bremen weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück geblieben. Nichts ist mit relativem Aufholen im Bummelzug Bundesrepublik.³

Was haben sich die Kritiker des „Sanierungskurses“ an Schmähungen aus dem Rathaus und von den begünstigten Kreisen anhören müssen bzw. sind von allen Medien tot geschwiegen oder, wenn sie dafür zu prominent waren, gekauft und damit mundtot gemacht worden. Statt dessen wurden und werden die Ideologen der Staatsverschuldung wie Professor Hickel weiter als Fachleute zitiert und interviewt. Die Böcke werden hoch bezahlte und sind hoch geachtete Berater der Gärtner, die Aufträge verteilen, wie die Plastikblumen durch weiteres Gießen zum Wachsen gebracht werden. In Bremen gelingt es immer, das Rufen von Landeskindern: „Der König ist nackt!“ ungehört zu machen.

Nun sind die Kritiker bestätigt worden. Denn Bremen ist pleite und hat alle Ressourcen vergeudet und steht schlechter da als vor den Sanierungsmilliarden. Es drücken nicht nur mehr Schulden als damals, sondern es sind auch noch weitere laufende Ausgabeverpflichtungen hinzu gekommen. Es müssen die laufenden Kosten für riesige Gewerbegebiete und öffentliche Bauten, die zu nicht Kosten deckenden Preisen vermietet oder verpachtet wurden oder ganz leer stehen, getragen werden. Es wurden von der öffentlichen Hand viele Gebäude angemietet mit Mietverträgen bis zu vierzig Jahren. Es wurden Firmen mit Gewinngarantien für die nächsten Jahre nach Bremen gelockt, die ihre Subventionen erbarmungslos einfordern. Bestehenden Firmen wurden neben vielen Einmal - Subventionen Dauersubventionen versprochen. Usw. usw. Die müssen von jetzt ab alle Bremer, die nicht fliehen oder sich anders retten können, in zunehmenden Maße begleichen. Die von der Sanierungspolitik Begünstigten haben selbst an den verkündeten Zweck der Politik nie geglaubt – sie haben die Gelder ja verpraßt und kannten daher die Vergeudung. Diejenigen, die die öffentlichen Ressourcen verschleudert

¹ Von den bezahlten PR Fuzzis aus den Behörden ganz zu schweigen, die ihre scheinbar unkündbare Stellung dafür mißbrauchen, die Öffentlichkeit hemmungslos zu belügen, anstatt ihrem Auftrag gerecht zu werden, richtig und umfassend ihre Vorgesetzten und die Öffentlichkeit zu informieren.

² Dies behaupten die beiden Spitzenpolitiker der SPD in ihrem gemeinsamen Papier vom 20.1.05.

³ Es ist ohnehin eine alberne Ehrgeiz, sich zu rühmen, in einem Bummelzug von den hinteren Waggons in die vorderen gegangen zu sein.

und auf Jahrzehnte verpfändet haben, sahen ja auch, was sie taten. Sie haben sich alle persönlich abgesichert. Untereinander haben sie mit zynischen Sprüchen noch ihren Jux getrieben z.B. mit der unter ihnen stehenden Redewendung „Nach uns die Tilgung“⁴ Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Konrad Kunik hat das in seinem satirischen Märchen zu Weihnachten ja alles schön beschrieben. Schon fünf Jahre nach Beginn der sogenannten „Sanierungspolitik“ hat der Rektor der Hochschule Bremen Professor Mönch öffentlich dargelegt, wie das nicht funktionieren kann. SPD Parteivorsitzender Sieling und Fraktionsvorsitzender Jens Böhrnsen ist die Erkenntnis, daß die seit mindestens zehn Jahren betriebene Politik bezogen auf die Sanierung der öffentlichen Finanzen eine Illusion war, ja auch nicht erst gestern gekommen. Sie haben das **Modell „Vulkan“** erfolgreich noch ein zweites Mal gespielt und dabei ein noch größeres Rad gedreht.

Modell „Vulkan“ im Kleinen:

Zur Erinnerung: Als die „AG Weser“ 1984 pleite war und die Belegschaft sich nicht stumm in ihr Schicksal fügte, haben die damaligen starken Männer des Senats und der Regierungspartei Koschnik, Grobecker und Mitstreiter, die Belegschaft der Werft „Vulkan“ gekauft und sie gegen die „AG Weser“ Kollegen mobilisiert. Sie garantierten ihnen quasi den Erhalt der Werft für die nächsten Jahre. Die Belegschaft wählte ihren Betriebsratsvorsitzenden Fritz Bettelhäuser, der solidarisch mit den Kollegen von der „AG Weser“ war, ab und ersetzte ihn durch Schöffberger, der der Geschäftsleitung und der SPD Politik auf dem Fuß folgte. Auf den Vorstandsvorsitz wurde aus der Bremer Politik Dr. Friedrich Hennemann mit Bremer Steuermitteln gehievt, der vom „maritimen Weltkonzern“ schwafelte und zehn Jahre lang mit öffentlichen Subventionen aus der Werft „Vulkan“ eine Beschäftigungsgesellschaft machte, deren Produktivität schließlich 40% unter dem des koreanische Schiffbaus lag und dazu auch noch unproduktivere Schiffe baute, weil der „Vulkan“ kaum investierte. Die privaten Unternehmen sahten nur noch ab, steckten aber keine müde Mark mehr in das Unternehmen. Nur noch eine mit Bremischen Mitteln betriebene und subventionierte Reederei (unter wechselnden Namen) kaufte mit bremischen Geldern diese Schiffe. Nach zehn Jahren brach dieses politische Kreislaufwirtschaftssystem und Lügengebäude zusammen. Die Belegschaft hatte ihre politische Schuldigkeit getan, die Werftarbeiter konnten gehen. Dr. Friedrich Hennemann wurde zum Sündenbock erkoren. Auf einmal sollte das, was der Senat, Mehrheitspartei und Belegschaft sehenden Auges über Jahre gemeinsam eingefädelt und durchgeführt hatten, die Tat eines einzigen Mannes gewesen sein, der auch noch Bundessubventionen veruntreut haben soll.

Modell „Vulkan“ im Großen:

Mit der Großen Koalition wurde unter Henning Scherf 1994 das Modell „Vulkan“ auf ganz Bremen übertragen: Mit öffentlichen Finanzen und insbesondere Bundesgeldern und Vernutzung von Flächen und sonstigen Lebensgrundlagen wurde auf Kredit scheinbares Wachstum gekauft. Die Unternehmen sahten ab und investieren nicht mehr – bzw. desinvestieren. Die wirtschaftliche Substanz Bremens verfällt wie damals beim „Vulkan“ nun aber flächendeckend. Die Produktivität steigt nur für den noch nicht abgewickelten Rest. Ohne die hineingepumpten öffentlichen Kredite schrumpft die wirtschaftliche Grundlage Bremens.⁵ Ohne die subventionierten Mieten in Technologiepark, Airport Stadt usw. gäbe es die Unternehmen dort so gar nicht und es wird sie nicht mehr geben, wenn die Dauersubventionen aufhören. Das World Trade Center (WTC) in der City ist in Kleinem, was in Bremen flächendeckend geschieht und geschehen wird: Während die Mietsubventionen gezahlt wurden, war es zwar ausgebucht aber mit für den

⁴ in Anlehnung an die Sprüche der Profiteure der Julimonarchie in Frankreich, die nach dem Motto lebte „bereichert Euch“ auf Kosten anderer und untereinander zynisch sagten: „Après nous la déluge –nach uns die Sintflut“

⁵ siehe dazu auf dieser Webseite: Bremen Entschuldungshilfen des Bundes ... vom 30.1.2004

Standort unterwertigen Nutzungen. Als die Mietsubventionen für das WTC ausliefen, stand es fast leer.

Bisher gähnen uns nur die öffentlichen Investitionsruinen an, bei denen nicht einmal diese opulenten Subventionen ausreichen⁶. Die anderen werden erst nach und nach auffällig werden. Nur die Unternehmer haben es gut, die sich von der öffentlichen Hand 40jährige Mietverträge haben garantieren lassen. Es ist wie mit den mit Subventionen gebauten und gekauften Schiffen vom „Vulkan“.

Selbst wenn die subventionierten Gebäude schließlich leer stehen, müssen die Steuerzahler dafür berappen – genauso wie für die Staatsschulden. Und dafür müssen bald nur noch die Bremer zahlen. Bisher sind viele Bremer mit den Bundesmilliarden gekauft worden, wie ehemals die „Vulkan“ Beschäftigten. Fast alles und jedes wurde subventioniert: Wohnungsbau und Wohnungsabriß, Mieten und Eigentum, Büromieten und Bürobauten im Eigentum der Firmen, Gewerbemieten und Gewerbeimmobilien und erst recht Gewerbeflächen, praktisch alle Messen und Kongresse wurden subventioniert, den Unternehmen, die hierher kamen, wurde auf Jahre Gewinne aus öffentlichen Kassen garantiert (Maritim – Hotel), aller demonstrativer Konsum und alle großen Veranstaltungen wurden aufgeblasen zur Tourismusförderung und subventioniert, Unternehmen wurden „gecoucht“, ihnen wurden Forschungsergebnisse auf dem silbernen Tablett serviert usw. usf. den Unternehmen wurde sozusagen der Arsch hinterhergetragen, bzw. die Hunde mußten in Sänften zum Jagen getragen werden. Und für alles gab und gibt es in Bremen öffentliche Bedienstete, die mit der Vergabe von Subventionen und der Antragslyrik sich beschäftigen und ihr Auskommen haben. Dafür wurden Gesellschaften in privater Form gegründet, um den Oberen von denen Aufstiegsmöglichkeiten außerhalb des gesetzlichen Stellenkegels in der öffentlichen Verwaltung zu ermöglichen, und gleichzeitig werden die Stellen in der Wirtschaftsverwaltung wieder besetzt. Man zähle nur mal, wie viele öffentliche Bedienstete und mit öffentlichen Mitteln bezahlte Angestellte in dem Bremer Firmenkonglomerat und von denen wiederum beauftragte Gutachter usw. sich in Bremen um Einzelhandel und sogenannte zentrale Bereiche kümmern.^{7 8}

Wie Hennemann vom „maritimen Weltkonzern“ träumte so fabulierten die Offiziellen in Bremen vom Spielen in der Weltliga der Großstädte, von der Metropolregion, von der Kulturhauptstadt usw. während in der Realität Bremen immer mehr oberzentrale Funktionen verlor und kaum mehr ein Oberzentrum in Nordwestdeutschland ist, weil Obergerichte und obere zentrale Entscheidungsinstanzen weitgehend fehlen bzw. abgewandert sind – sieht man mal von der Deutschen Zentrale der DGzRS ab.

Wie die „Vulkan“ – Beschäftigten nach der Pleite sich schließlich für weniger Geld durchschlagen mußten, werden die einstmals politisch aktiven Bremer sich um ein Euro Jobs balgen. Wenn irgend jemand einmal geglaubt hatte, Bremen sei ein politischer Vulkan und die Bremer würden ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, der kann sich nun sicher sein – die Bremer verelenden materiell ohne große Gegenwehr. Die Bremer haben sich gerne hinter dem zwar durchsichtigen Paravant der illusionären Sprüche ihrer Oberen verkrochen. Sie haben Scherf und Co. Glauben wollen, um nicht sich selber um ihr Gemeinwesen kümmern zu müssen.

⁶ Büroпарк Oberneuland, Musical, Space Park, Investorengebäude Bahnhofsvorplatz, Industriepark West, „Promotionpark“ usw. usf.

⁷ Dabei haben sie seit zehn Jahren nicht einmal einen schlüssigen Gesamtplan für den Einzelhandel hin bekommen. Das wollen die auch gar nicht, denn jeder Einzelfall gibt ihnen ja erneut Arbeit und Daseinsberechtigung.

⁸ Dabei ist das ein klassischer Bereich des Konsums und lokale Einzelhandelsumsätze tragen praktisch nicht zu den lokalen Steueraufkommen bei. Bremen hat durch die verkappten Subventionen in den Einzelhandel keine bessere Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes gemacht als andere vergleichbare Großstädte. Gleiches gilt für die Förderung von Gaststätten.

5 Jetzt können sie es nicht mehr. Die Blutsauger sitzen außerhalb. Sie lassen sich
nicht abschütteln. Die Staatsschuld und die vom Staat geschlossenen Verträge,
mit denen Zahlungen für Mieten und sonstige Leistungen an Kapitaleigentümer
garantiert werden, sind sehr viel sicherer als alle Beamtengehälter oder Pensio-
10 nen. Letztere können mit einem Gesetz gesenkt werden, wie es ja schon teilweise
zu Lasten der öffentlichen Bediensteten geschehen ist. Die Tarifverträge über Un-
kündbarkeit langjähriger Angestellter können gekündigt werden. Die Arbeitszeiten
können ohne Lohnausgleich verlängert und dann Kurzarbeit mit Lohnanpassung
nach unten eingeführt werden⁹. Den LehrerInnen und ErzieherInnen ist ja schon
15 einiges mehr als den sonstigen Beschäftigten in dieser Richtung zugemutet wor-
den. Die Senkung der Realeinkommen und insbesondere der realen Stundenein-
kommen der öffentlichen Bediensteten hat ja schon seit langem begonnen. Erst
mal werden sich wohl die anderen BremerInnen freuen, wenn es diesen in ihren
Augen „Lügnern und Betrügnern“ an den Kragen geht. Wenn dann die Dauersub-
20 ventionen an die Unternehmen der Privatwirtschaft nicht mehr gezahlt werden
können, dann werden auch diese in Bremen Beschäftigte vor der Situation stehen,
daß die Callagenturen aus Airport City und andere Gesellschaften, die in diesen
Subventionspalästen residieren, abwandern, die Stahlwerke Bremen bei der näch-
sten Stahlkrise dicht machen usw. usf. Jetzt ergeht der Appell an die BremerIn-
nen, sich doch für die Selbständigkeit Bremens zu opfern. Dieser Appell von den
25 Oberen, die die Pleite organisiert und ideologisch begleitet haben, kann nur als
Drohung aufgefaßt werden: Was wir unseren fetten Filzokraten bisher an Bundes-
subventionen zugeschustert und für die Zukunft versprochen haben, das müßt Ihr
künftig aus Eurem laufenden Einkommen mit Mehrarbeit bei gleichzeitiger Verar-
mung aufbringen.

Die Regierenden werden die schmerzhaften Operationen am lebenden Körper der
Bevölkerung ausführen. Die durch illusionäre Sprüche lange vernebelten Köpfen
30 der Bremer werden schnell nüchtern werden. Wenn sie vor Schmerz aus ihrem
Wachtraum aufwachen, dann ist es zu spät. Hoffentlich werden sie sich nicht ge-
genseitig zerfleischen.

Henning Scherf denkt natürlich nur verzweifelt darüber nach, wie er vermeiden
kann, so vorgeführt zu werden, wie er es mit Dr. Friedrich Hennemann gemacht
35 hat. Gerne würde er natürlich wie Koschnik, der mit der Staatsverschuldung in
Bremen ja angefangen hat, als weiser Staatslenker auch vor seiner Verantwortung
fliehen. Vielleicht gelingt ihm das ja. Der Absprung in das Kabinett Schröders –
der ja schon viele gescheiterte Landesfürsten in sein Kabinett geholt hat, ist
Scherf nicht rechtzeitig gelungen. Vielleicht meldet er sich ja bei den Sarauhis
40 wie Koschnik in Mostar. Nur böse Zungen würden dann sagen, man habe ihn in
die Wüste geschickt. Nein er ist dann erhobenen Hauptes gegangen und kann dort
sagen, von Wüste verstehe er etwas. Schließlich hätte er in Bremen auch in Ko-
operation mit allen herrschenden Kräften die meisten Quellen des wirtschaftlichen
und kulturellen Lebens ausgesaugt und eine gesellschaftliche Wüstenei hinterlas-
45 sen.

⁹ Beim Staatsbankrott Argentiniens verarmt und hungert inzwischen die Hälfte des Volkes, obwohl Fleisch im Überfluß produziert wird.